

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

133 (11.6.1918)

und eine

reichlichen... die Arbeiterklasse... inmütig fol...

Die Arbeiterklasse

Die Arbeiterklasse... die Arbeiterklasse... die Arbeiterklasse...

Es am und in der Synode Berlin Stadt 2 äußerte die Ueberzeugung, daß der evangelischen Kirche nach dem Frieden schwere Gefahren drohen werde und stellte einen Antrag, der den Schaden mindern soll. Im nächsten Jahre soll über eine engere Arbeitsgemeinschaft unter den Gemeinden des Bezirks verhandelt werden.

Auch in Baden ist es nicht anders. In dem oberkirchenerischen Bescheid über die evangelischen Diözesansynoden des Jahres 1917 wird u. a. hervorgehoben, daß die Anregung, die Gotteskäufer tagsüber offen zu halten, nur wenig Verständnis zeigte.

Arbeitskammern. In der Abstimmung über den § 1 wurde der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, Arbeiterkammern zu schaffen, abgelehnt. Der Antrag Bender u. Gen. (Gewerkschaftsvorschläge) wurde mit 15 Stimmen angenommen, nach dem mehr für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezügliche Arbeitskammern zu errichten sind.

Arbeitskammern. In der Abstimmung über den § 1 wurde der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, Arbeiterkammern zu schaffen, abgelehnt. Der Antrag Bender u. Gen. (Gewerkschaftsvorschläge) wurde mit 15 Stimmen angenommen, nach dem mehr für alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezügliche Arbeitskammern zu errichten sind.

Wie ein Graf mit der Zensurbehörde umspringt.

Ein Zensur- und Beleidigungsprozeß, der politisches Interesse beansprucht, wurde vor der Münchener Strafkammer verhandelt. Es handelt sich kurz um folgendes: Graf Bothmer war als Herausgeber und verantwortlicher Redakteur der inzwischen verbotenen alldeutschen gerichteten Wochenchrift, die „Wirklichkeit“, wiederholt den Zensurbehörden nicht nachgegeben. Deshalb wurde die bereits vorher angeordnete Vorzensur über die Zeitschrift verhängt.

Das Urteil lautet folgendermaßen: Bothmer wird wegen Beleidigung zu 900 Mk., wegen der Verfehlung...

gen gegen das Kriegszustandsgesetz zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Von einer Freiheitsstrafe, wie sie der Staatsanwalt beantragt hatte, sah das Gericht wegen der etwaigen beruflichen schweren Folgen für den Angeklagten ab. Graf Bothmer wird, soweit es sich um das Urteil über die Vergehen gegen das Kriegszustandsgesetz handelt, Revision anmelden.

Aus der Partei.

o. Sozialdemokratischer Verein Uettingen. Letzten Samstag, 8. Juni, fand im Nebenzimmer der Brauerei Hensle eine sehr gut besuchte Parteiverammlung statt. Landtagsabgeordneter und Gemeinderat Gen. Weber aus Durlach sprach in 45minütigem Vortrag über „Die wirtschaftlichen Maßnahmen der Gemeinden während des Krieges.“

Eine aufgelöste Versammlung. Eine für den 3. Juni in Halberstadt einberufene sozialdemokratische Versammlung, in der der Reichsagsabgeordnete Silberstein (Berlin) über das Thema „Kein gleiches Wahlrecht, weniger Brot, mehr Steuern“ sprechen sollte, wurde von dem Stellvertretenden Generalkommando verboten, und es wurde nur die Erlaubnis zu einer geschlossenen Vereinsversammlung der Partei erteilt.

Arm in Arm mit den Konservativen. Der „Vorwärts“ schreibt: Gegen die Wahl eines Sozialdemokraten zum Stellvertreter des Reichstagspräsidenten haben nach eigenem Geständnis — der Wahlakt als solcher ist geheim — gestimmt die Konservativen und die Unabhängigen (1). Dem Abgeordneten Seidemann ihre Stimme zu geben, ersähen den Unabhängigen, wie sie schreiben lassen, ein übermensliches Ansehen.

für unsere Soldaten.

Die Verlustliste der „Namenlosen“. Die Heeresverwaltung gibt eine neue Art von Verlustlisten heraus, deren erste Nummer jedoch erstickend ist. Die Listen sind, wie die „Deutsche Uhrmacherverzeitung“ meldet, nur für die Verbreitung an Uhrmacher bestimmt, und zwar führen sie systematisch geordnet alle Uhrmachergesellen auf, die in den bei den unbekannt verstorbenen Heeresangehörigen gefundenen Uhren entdeckt wurden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Juni. Am Bundesratsstisch: v. Ballraf. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Die zweite Lesung des Haushalts des Reichsamts des Innern wird beim Titel Staatssekretär fortgesetzt.

Abg. van Calker (Nat.): Wir können uns sehr wohl kurz fassen, da von draußen, vom Felde her die Rede der Tat zu uns spricht. Die Bevölkerung muß nicht nur der Zahl nach, sondern auch nach dem Werte gehoben werden. Die Kriegsprümaner werden jeden Posten ausfüllen, der ihnen eingeräumt wird.

Geschlechtskrankheiten sind bei uns die Verhältnisse nicht schlimmer als in anderen Ländern. Diese Fragen sind aber so ernst, daß mit allen Mitteln das Uebel bekämpft, das Volksgewissen geschärft werden muß.

Abg. Wormuth (D. Fr.): Die Alimentationsfrage sind zu hoch. Die Folge ist, daß die Väter sich beim Uebergang von einem Erwerb in den anderen ihrer Verpflichtung zu entziehen suchen. Namentlich in den Industriezentren ist für eine ordnungsmäßige Pflege der unehelichen Kinder zu sorgen. Die Alimentationspflicht sollte bestehen bleiben.

Abg. Bod (U. Soz.) empfiehlt den Antrag seiner Partei auf Verbesserung der Familienunterstützung zur einmütigen Annahme. Abg. Gröber (Zentr.): Das Beamtenrecht muß dahin erweitert werden, daß in den Betrieben des Reiches Beamtenauskünfte eingerichtet werden.

Abg. Hasenzahl (Soz.): Die Kriegervollstreckung ist ein unangenehmes Thema, das noch immer Gemeinden hinter den Mindestleistungen zurückbleiben. Die Lieferungsverbände müssen verpflichtet werden, die bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Mindestsätze ab 1. April 1908, je nach den örtlichen Verhältnissen, mindestens um 5 Mk. monatlich für jeden Unterstützten zu erhöhen.

Abg. v. Traumpetz (Pol.): Das Reichsvereinsgesetz wird den Polen gegenüber nicht loyal gehandhabt. Die polnischen Gewerkschaften haben sich jeder politischen Tätigkeit während des Krieges enthalten. Die zwangsweise Zurückhaltung der polnischen Arbeiter, die ihr Brot außerhalb suchen müssen, bedeutet eine Trennung des Familienlebens dieser Leute. Sie sind Opfer rotester Gewalt.

Abg. Thoma (Nat.): Als Mitglied des Sachverständigen-Ausschusses für eine Einheitslenographie bitte ich, nicht den von dem Abg. Fischel empfohlenen Entwurf zu wählen, nur der zweite Entwurf hat alle Aussicht allgemeiner Gefolgschaft. Abg. Red-Und (Konj.): Das Ermittlungsverfahren für die Kriegsschäden in Ostpreußen muß beschleunigt werden.

Abg. Kubner (U. Soz.) verlangt ein Reichsschulengesetz auf der Grundlage der Einheitschule und die Reorganisation des Gesundheitswesens. Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Die Bevölkerungspolitik drängt uns dazu, unsere Schulausbildung zu verkürzen. Das Beispiel der Kriegsprümaner beweist, daß es möglich ist. Wenn wir die Kindergärten für das Vaterland haben herbeibringen müssen, so braucht man vor den vielen Denkmälern nicht Halt zu machen.

Abg. Birth (Zentr.): Das Reich sollte Fliegergeschäden voll ersetzen, wodurch die Privatversicherungen überflüssig werden. Staatssekretär Ballraf: Wir werden alle angegriffenen Fragen prüfen. Bei Fliegerangriffen wird Sachschaden ersetzt. Ueber die persönlichen Schäden bestehen noch keine gesetzlichen Vorschriften. Die Sachschäden, namentlich an Gebäuden, werden nach den gegenwärtigen Werten veranschlagt.

Abg. Müller-Meinigen (F. Sp.): Der große Verziemangel kann unangenehme Folgen für die Volksgesundheit haben. Staatssekretär Ballraf: Ich hoffe, daß durch die Organisation des Verzeimes jetzt eine Besserung eingeleitet werden kann. Ich hoffe auch, daß mit der Zeit zur Entlastung der verheirateten Aerzte geschritten werden kann.

Abg. Kubner (U. Soz.): Der ungenügende Ernährungszustand liegt klar auf der Hand und kann auch auf den Gesundheitszustand nicht ohne Einfluß sein. Präsident des Reichsgesundheitsamtes Prof. Dr. Bumm: Wir haben für das Deutsche Reich keine Ernährungsstatistik, so daß die Zahlen des Abg. Kubner keine Unterlagen haben. Als unwahr muß ich seine Behauptung zurückweisen, daß es im deutschen Heere während des Krieges eine Million Geschlechtsfranke gegeben habe.

Abg. Müller-Meinigen (F. Sp.): Der große Verziemangel kann unangenehme Folgen für die Volksgesundheit haben. Staatssekretär Ballraf: Ich hoffe, daß durch die Organisation des Verzeimes jetzt eine Besserung eingeleitet werden kann. Ich hoffe auch, daß mit der Zeit zur Entlastung der verheirateten Aerzte geschritten werden kann.

Abg. Kubner (U. Soz.): Der ungenügende Ernährungszustand liegt klar auf der Hand und kann auch auf den Gesundheitszustand nicht ohne Einfluß sein. Präsident des Reichsgesundheitsamtes Prof. Dr. Bumm: Wir haben für das Deutsche Reich keine Ernährungsstatistik, so daß die Zahlen des Abg. Kubner keine Unterlagen haben.

Abg. Müller-Meinigen (F. Sp.): Der große Verziemangel kann unangenehme Folgen für die Volksgesundheit haben. Staatssekretär Ballraf: Ich hoffe, daß durch die Organisation des Verzeimes jetzt eine Besserung eingeleitet werden kann. Ich hoffe auch, daß mit der Zeit zur Entlastung der verheirateten Aerzte geschritten werden kann.

Der Aeltestenrat des Reichstages trat gestern Nachmittag zusammen und einigte sich zunächst über die Frage der Vorstehenden für die Ausschüsse. Der Hauptausschuß soll als ersten Vorstehenden ein Mitglied der sozialdemokratischen Fraktion erhalten. Diese 6 beschließt hierfür den Abg. Chert vorzuschlagen, als zweiten Vorstehenden einen Nationalliberalen; der Geschäftsausschuß, der demers auf...

Mitglieder verstärkt wird, einen Konterpartien bzw. einen Fortschrittler, ein neuer sozialpolitischer Ausschuss, ein Mitglied des Zentrums bzw. der deutschen Fraktion. — In Beratung der Geschäftsliste wurde beschlossen, morgen, Dienstag, den Haushalt des Reichsheeres in zweiter Lesung zu beraten und bis spätestens Freitag zu erledigen. Wird die Durchberatung bereits am Donnerstag vollzogen, dann bleibt der Freitag sitzungsfrei, da der Reichstag zu einer Besprechung mit Reichskreisen über die Regelung des Schiffsverkehrs in der Ubergangswirtschaft eingeladen ist.

Das Kriegsteuergesetz.

Berlin, 10. Juni. (W.W. Nicht amtlich.) In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages teilte der bisherige Vorsitzende des Ausschusses und jetzige Präsident des Reichstages Lehmann mit, daß er heute noch die Verhandlungen leiten, und daß die Wahl des neuen Vorsitzenden morgen stattfinden werde, nachdem der Ausschuss heute mittag eine Aussprache darüber gehalten habe.

Der Ausschuss beschäftigt sich heute mit dem Antrag Gröber (Zentr.) betreffend den Entwurf eines Kriegsteuergesetzes. Hierzu erklärte der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes, der in dem Antrag verlangte Kriegsabgabe von Jahreseinkommen über 20 000 Mark nicht zustimmen zu können, dagegen der erhöhten Kriegsabgabe von der Einkommenvermehrung während der Krieges und der Ergänzungsabgabe vom Vermögen zustimmen zu können. Nach den Ausführungen des Staatssekretärs erklärte Müller zu Lda als Berichterstatter: Die Mittelungen des Staatssekretärs könnten nur begrüßt werden. Damit wird in der Hauptsache erreicht, was Ausschuss und Reichstag wollten. Ein geeigneter Weg zur Verständigung zwischen Bundesrat und Reichstag sei gefunden. Der Vorschlag, nur die Vermögen über 50 000 Mark zu besteuern (anstatt über 20 000 Mark, wie es der Antrag Gröber will), entspricht auch meinen Wünschen, wenn dafür eine Erhöhung der Vermögenssteuer für die größeren Vermögen bis zu fünf vom Tausend durchgeführt wird (anstatt drei vom Tausend, wie der Antrag Gröber will), dann würden auch Kriegsausfälle im Ertrage der Steuer entfallen, wenn die Steuer vom Einkommen nur auf das Mehrertragsvermögen gegenüber dem Jahre 1913, also dem eigentlichen Kriegsgewinn erhoben werden, und die Einkommen in der Höhe, wie es vor dem Kriege besteuert wurde, ganz frei bleiben sollen. Dann müssen die Steuerförmlichkeiten des Mehrertragsvermögens natürlich etwas höher gegriffen werden. Erwünscht ist es, und dieses Ziel wird auch voll erreicht werden, wenn man den Gesamtbeitrag von 1200 Millionen für das laufende Jahr erbringen könnte. Die Zulage betr. Errichtung eines Steuergerichtshofes ist ebenfalls zu begrüßen. Bedauerlich ist, daß hinsichtlich des Steuerkontrollrechtes noch keine Entscheidung getroffen ist.

Die Wohnungsfrage vor dem badischen Landtag.

Karlsruhe, 7. Juni.

Die von uns am 14. Mai angekündigte ausführliche Behandlung der Wohnungsfrage fand in der Zweiten Kammer am gleichen Nachmittag und am nächsten Tage statt. Im Mittelpunkt der Erörterungen stand das von der Eingabe der vereinigten Gewerkschaften, der Beamten- und Lehrervereine, des Kriegsausgleichs für Konsumenteninteressen usw. aufgestellte Wohnungsprogramm vom 29. November 1917 und 18. April 1918. Berichterstatter war Genosse Strobel. Er wies darauf hin, daß die genannte Eingabe Anlaß zu einer sehr ausführlichen Behandlung der verschiedenen Wohnungsfragen gegeben habe und daß eine Regierungsantwort dazu vorliege, welche nicht weniger als 46 Seiten Schreibmaschinenschrift umfasse. Aus der Antwort gehe hervor, daß die Regierung sich des außerordentlichen Grades der Frage voll bewußt sei, wie ja auch eine Reihe großzügiger Maßnahmen bereits in die Wege geleitet worden seien.

Wir haben feinerzeit ausführlich die bis in Einzelheiten ausgearbeiteten und begründeten Eingaben und ihre Forderungen, konkreter Forderungen besprochen, die ja auch anlässlich der „Badischen Ver-

brauchertragung“ lebhaft erörtert wurden. Wir können uns daher darauf beschränken, hier kurz die Erledigung der einzelnen Fragen an Hand des soeben erschienenen stenographischen Berichtes der Verhandlungen mitzuteilen:

1. Die Wohnungszählung. Die geforderte genaue statistische Unterlage über den Wohnungsmarkt ist am 28. Mai erhoben worden; auch in einer Reihe von Gemeinden unter 300 Einwohnern. Es ist nun von besonderer Wichtigkeit, wie in unserer Nummer 122 vom 28. Mai im einzelnen ausgeführt wurde, diese Wohnungszählung durch Einrichtung besonderer Wohnungsämter nutzbar zu machen.

2. Wohnungsnaehweis. Der Wohnungsnaehweis mit Meldezwang liegt seit Dezember den Kammeren als Gesetzentwurf vor. Der von der Zweiten Kammer angenommenen Abänderung, daß der Wohnungsnaehweis nicht nur für Gemeinden über 10 000 Einwohnern zur Einführung kommen soll, wurde auch von der Ersten Kammer zugestimmt. Bedauerlicherweise jedoch nicht dem zweckmäßigen Vorschlag der Zweiten Kammer, auch durch bezirksamtliche Vorschriften den Zwangswohnungsnaehweis einführen zu können. Es ist aber dringend zu fordern, daß das Gesetz in dieser Fassung der Zweiten Kammer zur Einführung kommt, da in Baden eine Reihe von Gemeinden sind, die allein durch bezirksamtliche Einführung von einem Wohnungsnaehweis kommen können. Ebenso sollte es selbstverständlich sein, daß auch für möblierte Einzelzimmer der Meldezwang zur Einführung kommen kann, da gerade hier außerordentliche Zeitverhältnisse durch den unorganisierten Wohnungsmarkt notwendig werden. Bürgermeister Dr. Weich bemerkte ganz richtig, daß es den einzelnen Gemeinden offen gelassen werden sollte, den Meldezwang auf Einzelzimmer auszuweiten oder nicht. Vor allem aber ist es wichtig, daß jetzt schleunigst der Zwangswohnungsnaehweis kommt, d. h. das Gesetz verabschiedet wird. Schon 1907/08 wurde er von der Regierung vorgebracht, ist aber seinerzeit mit „nicht besonders großzügigen Gedanken“ (Oberbürgerm. Habermehl in der Ersten Kammer am 26. April 1918) abgelehnt worden. Auch 1918/14 wurde ein neuer Entwurf wiederum von der Ersten Kammer verworfen. Nun fordert die drohende Wohnungsnot gebieterisch die umgehende Verabschiedung des neuen Gesetzes, damit die Städte endlich gefehlte Handhaben für die Einrichtung der Zwangswohnungsnaehweise haben.

3. Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. Zum Ausbau der Wohnungsaufsicht teilt die Regierung mit, daß der Landeswohnungsinpektor diese Frage behandle und daß erwogen werde, ob die Wohnungsaufsicht nicht in eine Wohnungspflege umzuwandeln sei. Zur Forderung, daß der Staat an Gemeinden und Kreise, welche für die Wohnungsaufsicht Beamte anstellen, staatliche Beihilfen zu den Kosten leisten sollte, hält die Regierung ein Bedürfnis nicht für gegeben. In der Kommission wurde ein Verdict wohl anerkannt, nur seien bisher keine Anträge auf Beihilfen gestellt worden. Sofern künftig derartige Beihilfen gewünscht würden, wurde die Gewährung empfohlen.

4. Bereitstellung staatlichen und städtischen Geländes. Einer Bereitstellung staatlichen und städtischen Geländes steht die Regierung wohlwollend gegenüber, und ist bereit, dieses Verlangen auch fernerhin zu unterstützen, wie es bereits in mehreren Erlassen an die Bezirksämter geschah.

5. Enteignungsgesetz. Die Anwendung des badischen Enteignungsgesetzes zur Beschaffung von Gelände für den Kleinwohnungsbau und die Umarbeitung dieses Gesetzes hält die Regierung nicht für eilig, da das heutige Enteignungsgesetz bereits hierfür eine Handhabe biete, wie in Dringlichkeitsfällen die Enteignung auszusprechen. In den meisten Fällen hält die Regierung eine Verständigung mit den Grundstücksbesitzern für möglich. Demgegenüber ist jedoch, wie wir schon öfter ausgeführt haben, unbedingt zu fordern, daß der Ausbau des Enteignungsgesetzes nach den Vorschlägen des „Landeswohnungsvereins“, die auf eine Vereinfachung und Abklärung des Abtretungsverfahrens und eine Änderung des Entschädigungsverfahrens hingingen, unverzüglich durchgeführt wird, da nur so das notwendige Gelände für eine weiträumige Bauweise, vor allem für Kleinhäuser mit Gärten, zu angemessenen Preisen beschafft werden kann.

6. Erleichterungen bei der Gebäudeversicherung und der Bauausführung. Dem Verlangen, auf die Gemeinden einzudringen,

damit alle unnützen Erzdörungen bei der Gebäudeversicherung und bei den Bauordnungsbestimmungen in Wegfall kommen, schenkt die Regierung erhöhte Aufmerksamkeit, indem die Bezirksämter wiederholt angewiesen wurden, in diesem Sinne zu wirken.

7. Verkehrsverbesserung und Arbeitszeit. Dem Verlangen nach Verkehrsverbesserung und Verbilligung der Verkehrsverhältnisse nach den Vororten kommt die Regierung insofern entgegen, daß auch fernerhin Fahrpreismäßigungen gewährt werden. Aber die in der Eingabe besonders beanstandeten Tarifserhöhungen der Straßenbahn und der Karlsruher Altbahn hat sich die Regierung noch nicht geäußert. Derartige Erhöhungen durch Erzenge alle Maßnahmen, die auf eine Dezentralisation des Wohnungswesens hingen, und bedeuten eine schlechte Wohnungspolitik. Gegenüber der Einführung der ungeteilten Arbeitszeit verhält sich die Regierung immer noch ablehnend.

8. Zur sofortigen Inangriffnahme der Vorarbeiten (der Umarbeitung von Plänen, Einholen der baupolizeilichen Genehmigung, Straßenanlagen, Kanalisation usw.) hat die Regierung verschiedene Erlasse an die Bezirksämter herausgegeben. (Fortsetzung folgt.)

Baden.

Die Beratungen des Landtags. In parlamentarischen Kreisen hört man, daß nach dem Stand der Arbeiten der Zweiten Kammer damit zu rechnen ist, daß die Beratungen des badischen Landtags gegen Ende des Monats Juni zu Ende geführt sein werden.

Der Religionsunterricht im Fortbildungsschulgesetz. Der Schulausschuß der Ersten Kammer hat in der letzten Woche den Gesetzentwurf über die allgemeine Fortbildungsschule in Beratung genommen. Die Änderungen, welche beschlossen wurden, sind mit einer Ausnahme redaktioneller Art. Diese Ausnahme bezieht sich auf den Religionsunterricht. In dieser Hinsicht beschloß der Ausschuss 5 Stimmen, welche die von der Zweiten Kammer beschlossene Fassung aufrecht erhalten wollten, die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz, wonach die von der Zweiten Kammer in das Gesetz eingefügte, allgemeine, nicht von einer statutarischen Bestimmung der Gemeinde abhängige Verpflichtung zum Besuch des Religionsunterrichts an der Fortbildungsschule mit dem zurückgelegten 16. Lebensjahr endet, weil das Gesetz vom 9. Oktober 1860 von diesem Zeitpunkt an die Religionsmündigkeit festsetzt.

Aus den Verhandlungen der Ersten Kammer.

Die Erste Kammer stimmte in ihrer Samstagsitzung der Erhöhung der Hagelversicherung (von 50 auf 80 Prozent) zu, mit der Änderung, daß die neuen Sätze erst am 1. Januar 1919 in Kraft treten sollen. Weiter nahm die Kammer Stellung zu dem in der Zweiten Kammer beratenen Zentrumsantrag über die Dienst- und Rechtsverhältnisse der Gemeindebeamten und stellte sich hierin auf den Standpunkt der Zweiten Kammer, der ein Entgegenkommen gegenüber den Gemeindebeamten enthielt.

Zur Frage der Kreisverfassungsveränderung und der Wahl der Bezirksräte nahm die Kammer einen von dem Standpunkt der Zweiten Kammer, abweichenden Antrag an, in welchem zum Ausdruck kommt, daß auch die Interessensvertretungen in der Kreisversammlung einen Sitz bekommen, die vorhandenen elf Kreise erhalten und ihre Aufgaben erweitert werden sollen. — Schließlich erledigte das Haus noch Petitionen des Verbands der Ärzte Deutschlands betr. Befreiung der Lebensversicherungen von der Steuer und der Gesellschaft für soziale Hygiene um Unterstützung ihrer Bestrebungen. Die Schaffung der Stelle eines weiteren Vortragenden Rat beim Bundesrat wurde genehmigt. Nächste Sitzung unbestimmt.

Befestigung des Murgewerks. Die Mitglieder der Budgetkommission der beiden Kammeren des Landtags werden am nächsten Freitag das Murgewerk besichtigen.

Werbt fortwährend neue Abonnenten!

Im übrigen hat sich auch „Wiener Blut“, das ja schon der Haupttreffer der vorläufigen Spielzeit war, famos angelassen und sogar unser Triestianer, Herr Schwertl, scheint sich gut in seine Aufgabe hineinfinden zu wollen. Variationen über aber nun also noch etwas ab!

Frau von Medina hat sich am Sonntag in einer ihrer besten Partien vom Karlsruher Hoftheater verabschiedet. Ihre zahlreichen Freunde nahmen diese „Rigodon“-Vorstellung, in der Frau von Medina hier zum letzten Male schlicht und innig die Titelrolle verkörperte, zum Anlasse, um der scheidenden Künstlerin herzlichste Gratulationen zu bereiten.

Aus aller Welt.

Die Explosion in Wien. Die Zahl der Opfer bei der Explosion ist noch nicht genau festgestellt, beläuft sich aber wohl auf hundert. Die Zahl der Verwundeten beträgt annähernd 6-700, darunter über 300 durch Glassplitter Verwundete.

Ein künftiger „Fall“. Ein gutgestellter Herr lernte in einer vielbesuchten Berliner Weinwirtschaft eine Dame kennen, die den besseren Kreisen angehört. Man verlebte den Abend in angeregter Unterhaltung, besuchte noch ein zweites Weinlokal und trat endlich kurz vor Mitternacht den Heimweg an. Bevor man sich trennte stolperte der Herr und kam zu Fall. Da nahm sich die Begleiterin seiner an und ging weg, um ein Droschke zu besorgen. Sie kam jedoch nicht wieder, und jetzt erwiderte der Herr, daß sie seine Verlobte mit über 11 000 RM mitgenommen hatte. Wie die Ermittlungen ergaben, ist die „Dame“ eine Hofkaplerin, die unter den Namen v. Balow und Freida v. Crehningen aufgetreten ist.

Eine erschütternde Tragödie spielte sich im Laufe des letzten Tages verstorbenen Oberpostrevisors Müller in Kiel ab. Zur Beerdigung war der Sohn, ein Leutnant der Reserve, aus dem Felde nach Kiel gekommen. Auch seine Braut war aus Breslau eingetroffen. Beim Reinigen und Verpacken seines Dienstrevolvers, wobei die Braut ihm zuschaute, entlud sich die Waffe und die Kugel ging der Braut ins Herz. Das junge Mädchen sank dem unglücklichen Schützen sterbend in die Arme. Leutnant Müller stellte sich dann der Polizei, wurde aber wieder entlassen. In die Wohnung zurückgekehrt, kniete er am Sarge seiner erschossenen Braut nieder und schoß sich zwei Kugeln in die Brust.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

Meine Frau, die Hofschaupielerin.

Es wäre gewiß kein literarisches Unglück für Karlsruhe gewesen, wenn unser Hoftheater diese „letzte Schauspielerin“ dem Karlsruher Publikum nicht vorgeführt hätte; den Vorwurf der Vernachlässigung der Kunst hätte jedenfalls deshalb dem Hoftheater niemand gemacht. Das derzeitige Theaterpublikum wird zwar anderer Ansicht sein, denn das quieteste am Samstag abend förmlich vor Vergnügen; noch bevor auf der Bühne auch nur ein Wort gesprochen war, plachte es schon mit Lachsalben heraus, nur weil da einer zur Einleitung kräftige Schnarchtöne von sich gab. Und da der erste Eindruck immer der beste ist, so war dem Lustspiel somit schon von vornherein der Erfolg gewiß. Man muß es ja allerdings den beiden Hamburger Verfassern Alfred Möller und Gotthard Sachs lassen, daß sie ihr Handwerk verstehen, sie haben viel Geschick für Theaterwirkung, wissen, daß man mit möglichst vielen unmöglichen Situationen und Unwahrscheinlichkeiten heutzutage immer den meisten Erfolg hat. Die Hauptperson ihres Lustspiels ist eine Hofschaupielerin, die einen Dichter geheiratet hat, dem zu Liebe sie auf ihre Bühnenlaufbahn verzichtet. Aber bald kehrt in ihr die Liebe zur Bühne zurück, zumal ihr Mann nicht den erwarteten Erfolg hat, in dem sie sich sonnen zu können glaubte. Sie sucht gesellschaftliche Berührung, ihre eheliche Kreuze kommt ins Rutschen. Ihr Gatte dichtet unterdessen unentwegt weiter und verfaßt auch ein Schauspiel, in dem er nach Dichterart sein ganzes eheliches Leid schildert. Das Stück kommt unter dem Namen eines vorgezeichneten Verfassers zur Aufführung, seiner Frau erlaubt er die Hauptrolle zu spielen und diese verleiht ihm einen Bombenerfolg. In der letzten Szene merkt sie endlich, daß hier ja ihre eigene Ehe geschildert ist, und daß ihr Mann der Verfasser. Schluß: Der Erfolg ist da, sie liebt inselgedessen ihren Mann wieder, dieser ist stolz auf seine Frau, die er mit den tiefinnigen, an seinen „Konkurrenten“ gerichteten Worten in die Arme schließt, daß manchesmal im Leben man eine Frau mit Außenseiten der eigene Gemahlin Sieger Meist.

Die Handlung ist also nicht übel, wenngleich es auch kaum glaublich ist, daß eine Frau, eine Hofschaupielerin, so leicht sein soll, daß sie erst in der letzten Szene des Stückes, in

dem sie die Hauptrolle spielt, merkt, daß sie da ihre eigene Ehe heruntergespielt hat. Bis jetzt weiß man doch nur von sprachwärtlicher Unbegreiflichkeit von Tondorn. Die Zeichnung der Schauspielerin ist den Dichtern am wenigsten gut gelungen, sie ist psychologisch äußerst oberflächlich. Besser ist der erfolglose Mann getroffen und sehr geschickt ist die Nebenhandlung, die zwischen der Schwägerin des Dichters und ihren beiden Verehrern spielt, in den Rahmen der Haupthandlung eingefügt. Aber als Lustspiel kann man die Arbeit keinesfalls gelten lassen, das ist ein zu anspruchsvoller Titel, allenfalls ist es eine gute Poffe und mit Musik wäre es wahrscheinlich eine noch erfolgreichere Operette.

Die Aufführung war, eine ganz ausgezeichnete. Herr Nienschfer hatte vor allem für ein flottes Spieltempo gesorgt. Die von den Verfassern so schlecht gezeichnete Hofschaupielerin gab Elja Roman, sie flutete diese launische gemütslose, oberflächliche Dame mit all den Untugenden aus, die ihr von den Dichtern mitgegeben worden waren. Gelingt ja dies der jeweiligen Darstellerin der komplizierten Rolle nicht, dann ist das Stück verloren. Edt und wahr zeichnete Herr Baumbach den Gatten und Dichter. In den Nebenrollen zeigten Herr Herz, Bürkner, Dapper, Esfel und Hel. Holm gewohnt gute Leistungen. Der Beifall war, wie schon gesagt, groß, das Publikum unterhielt sich ausb beste.

Die Sommeroperette im Konzerthaus ist Samstag und Sonntag mit Aufführungen von Lehars „Rafaelbinder“ eingeleitet worden, dem bekannten gebiegenen Volksstück, in dessen Mittelpunkt die Charakterfigur des Juden Pfefferkorn steht. Herr Norden spielte ihn dezent und dennoch wirkungsvoll, wie überhaupt die ganze Aufführung unter seiner und des Herrn Schweppe Leitung einen vortrefflichen Eindruck hinterließ. Besondere Freude machte auch die gefällige Durchführung der beiden Kinderrollen.

Es wäre ja ein überaus equidistischer Zustand, würde sich herausstellen, daß das heutige Operetten-Ensemble detart glückhaft zusammengestellt wäre, daß man die kritischen Referate durch harmlose Klaudereien ersetzen könnte. Hierzu wird aber nötig sein, daß die Herrschaften besser sprechen, daß die erste Sängerin in der Mittellage mehr Ton gibt, daß Herr Hanle nicht allzu oft in Partien auftritt, die ihm so schlecht liegen, wie etwa der Reichshulbesitzer vom Montag und daß das Orchester auch bei den Miranda-Aufstufen der Walzer den Zusammenhalt nicht verliert. Seid einig, einig, einig!

Nr. 1
Meid
Wohnbau
das Han
zeten.
Böhre
Fremden
wacht“, b
sigen Ver
fünf Tag
wurde so
Edmo
brecher
gelunge
gen ist. C
eines Ma
gaben der
bensmitte
Gadenber
Feibelber
Man
in Mülla
gierenden
sitt schre

r. Du
lechten Pro
gefundener
ledigen.
bereits im
Vorlagen
Vorhaben
was zur L
Vorlagen f
wesentliche
Diskussion
Waldgelen
von 1,78 M
3200 Qua
Preis ein
freien Wü
müsse, we
wohl in der
Wofcher t
daß diese i
se für den
trage vield
erst feige
der Vorh
Vorlage ein
daß das er
sei, weil es
meinderat
insofern v
men in Ver
die Stadt i
rend dies b
verfäktre
Lände seit
Vorhänge
lage darin
erst beim
dratmeter f
genehmigt.
Vorlage
für 1918
längeren
technische
sowie versch
Stadtbewäl
tion beteiligt
Kasper von
Weber be
treten wurde
Wohnungs
zulage an d
der Redner,
werden som
Genosse B
berei Fragen
Bemerkung
auch dieser
reicht.

Auch die
es viele Bie
bei nehmen
Bei Eröffnu
schlechtig der
taltung eing
durch Telefo
dmers geholt
konnte die a
öffnet werden
Um einen
meinderat em
tragen, und d
ner die Tages

Durlach,
der at s i k u
der städtischen
neuen Einlag
Marz, die M
lag die G
Landskirchen
berste beträ
der Zusam
schen Ertragen
angeordnet
der Straßenb
richtungen der
— Die Zu n
Vergrößerung

Landbesitz...
Befall kommen...
Sinn zu wirken...
langen nach Ver...
sich nach den Vor...
auch fernherin...
die in der Ein...
der Straßenbahn...
ziehung noch nicht...
gen alle Maß...
Wohnungswe...
ungspolitik...
beitszeit verhält...

Reichental bei Gernsbach, 11. Juni. Durch Aeser wurde das Wohnhaus des Fuhrmanns Werner vollständig eingestrichelt. Die das Haus bewohnenden zwei Familien konnten nahezu nichts retten.

Söbrenbach bei Willingen, 11. Juni. Kaum ist die Zeit des Fremdenverkehrs angebrochen, so schreibt man der „Frbg. Volksmacht“, beginnt auch schon das Gemitter der Kurgäste. Der hiesigen Gendarmen ist es gelungen, einem Fremden, der kaum fünf Tage hier war, über 100 Eier abzunehmen. Der Kurgast wurde sofort ausgewiesen.

Schweigen, 11. Juni. Der 29-jährige fahnenflüchtige Verbrecher Karl Grobs aus Odenheim, dessen Verhaftung bis jetzt nicht gelungen ist, hat hier einen Schwindler verübt, der ihm auch gelungen ist. Er erschien bei einer Familie und überbrachte die Erlöse eines Kameraden aus dem Feld. Die vertrauensvollen Leute gaben dem Schwindler, der Uniform trägt, 50 Mk. und ein Lebensmittelpaket mit. Grobs, der einen ähnlichen Schwindler in Gadenheim verübt, ist schon zweimal in Danzig und einmal in Heidelberg aus dem Gefängnis ausgebrochen.

Mannheim, 10. Juni. Beim Ueberfahren der Eisenbahn in Mühlhausen wurde ein 53-jähriger Tagelöhner von einer rangierenden Lokomotive erfasst und zur Seite geschleudert. Er erlitt schwere innere Verletzungen.

Kommunalpolitik.

Bürgerausschussung in Durlach.

r. Durlach, 9. Juni. Der Bürgerausschuss hatte in seiner am letzten Freitag im kleinen Saal des Gasthauses zur „Krone“ stattgefundenen Sitzung eine sehr reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Ueber den Inhalt der einzelnen Vorlagen haben wir bereits im einzelnen an dieser Stelle berichtet. Da sämtliche Vorlagen eine gedruckte Begründung beigegeben war, konnte der Ausschuss in seinen Erläuterungen jeweils auf diese hinweisen, was zur Verkürzung der Verhandlungen wesentlich beitrug. Die Vorlagen selbst wurden mit Ausnahme der Vorlagen 2 und 10 ohne wesentliche Debatte angenommen. Vorlage 2 rief eine längere Diskussion hervor; sie betraf den Verkauf von 8000 Quadratmeter Waldgelände an die Firma Unterberg u. Helmle um den Preis von 1,78 Mk. pro Quadratmeter; ferner soll der Firma für weitere 8200 Quadratmeter ein sogen. Vorkaufsrecht um den gleichen Preis eingeräumt werden. Bei der Beratung wurde von der freien Bürgervereinerung betont, daß sie die Vorlage ablehnen müsse, weil der Preis ein zu niedriger sei, und die Firma sehr wohl in der Lage wäre, einen höheren Preis zu bezahlen. Genosse Woschert erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese im Prinzip mit der Vorlage einverstanden sei, nur könne sie für den § 2 in seiner jetzigen Fassung nicht stimmen, sie beantragte vielmehr, daß der Preis für die weiteren 8200 Quadratmeter erst festgesetzt werde, wenn der Verkauf stattfindet. Daraus ging der Vorsitzende Bürgermeister Dr. Zierax nochmals auf die Vorlage ein und betonte, daß der Preis ein angemessener sei und daß das erwähnte Vorkaufsrecht im Interesse der Stadt gelegen sei, weil es sich hier um einen rechtlichen Teil handle. Genosse Gemeindevater Weber betonte, daß die Vorlage für die Stadt auch insofern von Bedeutung sei, weil hier ein industrielles Unternehmen in Betracht komme, das mit seiner ganzen Kapitalanlage für die Stadt in Bezug auf Umlagezahlung von Bedeutung sei, während dies von der in der Nähe sich befindenden Eisenbahnbetriebswerkstatt nicht gesagt werden könne; außerdem sei dieses Gelände seit zwei Jahren für die Industrie reserviert. Nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß er damit einverstanden sei, die Vorlage dahin abzuändern, daß der Preis für die 8200 Quadratmeter erst beim Verkauf, und zwar nicht unter 1,78 Mk. für den Quadratmeter festgesetzt wird, wurde die Forderung gegen 1 Stimme genehmigt.

Vorlage 10 betraf Festsetzung des Voranschlags für 1918. Der Voranschlag wurde von dem Vorsitzenden in längerer Ausführungen erläutert, wobei er namentlich die finanzielle Seite behandelte, wie auch die Wohnungsfrage, sowie verschiedene andere Fragen, die durch den Krieg für die Stadtverwaltung von Wichtigkeit geworden sind. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Bürgerausschussmitglieder Voit und Kasper von bürgerlicher Seite, während von Genosse Gemeindevater Weber der Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertreten wurde. Genosse Weber behandelte in der Hauptsache die Wohnungsfrage sowie die Frage der Gewährung von Steuererlässe an die städtischen Beamten und Arbeiter. Auch bedauerte der Redner, daß der schulärztliche Bericht nicht vollständig gegeben werden konnte, weil nur von einem Arzt der Bericht vorliegt. Genosse Woschert besprach noch einige lokale Wünsche, insbesondere Fragen, die das städtische Spital betreffen. Nach einigen Bemerkungen des Vorsitzenden und nach einstimmiger Annahme wurde dieser Vorlage die Sitzung um 1/2 Uhr ihr Ende erreicht.

Auch diese Sitzung des Bürgerausschusses hat bedauert, daß es viele Bürgerausschussmitglieder mit ihrer Pflicht nicht so genau nehmen; denn ein großer Teil ging durch Abwesenheit. Bei Eröffnung der Sitzung waren nur circa 40 Mitglieder einschließlich der Gemeindeväter anwesend, so daß, bevor in die Beratung eingetreten werden konnte, verschiedene der Herren erst durch Telefon sowie durch persönliches Herumschicken des Ratsdieners geholt werden mußten. Infolge dieser Pflichtvergessenheit konnte die auf 4 Uhr anberaumte Sitzung erst gegen 5 Uhr eröffnet werden.

Um einer Wiederholung vorzubeugen, möchten wir dem Gemeindevater empfehlen, den derzeitigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, und die Sitzungen auf den Abend einzuberufen und ferner die Tagesordnung nicht zu sehr zu überladen.

Durlach, 6. Juni. Mitteilungen aus der Gemeindevatersitzung vom 4. Juni 1918. Nach dem Kassensbericht der städtischen Sparkasse betragen im Monat Mai 1918 die neuen Einlagen 1248 892,03 Mk., die Rückzahlungen 722 191,20 Mk., die Mehreinlagen sonach 526 700,83 Mk. Die Einlegerzahl hat sich im Monat Mai um 326 vermehrt. Am Giroverkehr beteiligten die Guthabene im gleichen Monat 897 069,87 Mk., die Laßschecken 850 068,52 Mk. Die Zahl der Teilnehmer am Giroverkehr beträgt zurzeit 243. — Mit Rücksicht auf die Zunahme der Zusammenkünfte zwischen Fuhrwerkern und der elektrischen Straßenbahn soll im Wege der ortspolizeilichen Vorkehrung angeordnet werden, daß Fuhrwerke bei Ueberfahren der Gleise der Straßenbahn sofern nicht freie Aussicht nach beiden Richtungen der Bahn vorhanden ist, im Schritt zu fahren haben. — Die Zunahme der städt. Viehhaltung hat eine Vergrößerung der Fleischkammer beim städtischen Schlachthaus erforderlich gemacht. Das vom städtischen Hochbauamt vorgelegte Projekt, dessen Ausführung einen aus außerordentlichen Mitteln zu bestreitenden Aufwand von 6800.— Mk. erfordert, wird genehmigt. Gleichzeitig wurde das städt. Hochbauamt beauftragt, ein Projekt nebst Kostenschätzung für die Einrichtung einer Wasserleitung im städt. Schlachthaus vorzunehmen. — Die von der Stadt auf unbestimmte Zeit verpachteten landwirtschaftlichen Grundstücke sollen den derzeitigen Pächtern unter der Voraussetzung auch weiterhin pachtweise überlassen werden, daß sie sich bereit erklären, einen erhöhten Pachtzins zu bezahlen. Der Pachtzins soll bemessen werden: für Pachtgrundstücke bis zu 9 Ar auf 3,50 Mk. für das Ar, von 9—16 Ar auf 3.— Mk. für das Ar und von über 16 Ar auf 2,50 Mk. für das Ar. Für den Fall, daß die derzeitigen Pächter sich mit der Erhöhung des Pachtzinses nicht einverstanden erklären sollten, sollen die Pachtgrundstücke auf Martinus ds. Js. gesündigt und im Wege der öffentlichen Versteigerung veräußert werden. — Die Versteigerung des Grasertragnisses der Wiesen, Dämme und sonstigen Grasplätzen, die einen außerordentlichen Erlös von 3328,50 Mk. ergeben hat, wird genehmigt. — Der Gemeindevater beschließt, wegen Einrichtung einer Mittelstandsfürsorge in Anlehnung an die für den Kreis Karlsruhe errichtete Mittelstandshilfskasse (Kreis-Hilfskasse) mit dem Kreisrat Karlsruhe ins Benehmen zu treten. Nach den für die Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes durch Kreis-Hilfskassen aufgestellten Grundbänden, besteht die Mittelstandsfürsorge in der Gewährung von Darlehen und Beihilfen zu niedrigem Zinssatz an selbständige Angehörige des Mittelstandes im weitesten Sinne, die durch den Krieg in eine Notlage geraten sind. Der durch die Mittelstandsfürsorge erwachsende Aufwand soll aus außerordentlichen Mitteln bestritten und nach Möglichkeit der Verhandlungen mit dem Kreisrat Karlsruhe beim Bürgerausschuss in der erforderlichen Höhe angefordert werden.

r. Durlach, 7. Juni. Letzten Donnerstag fand hier eine gut besuchte Versammlung hiesiger Einwohner statt, in der über die Lebensmittelversorgung der Gemeinde gesprochen wurde. Nach 1 1/2 stündiger eingehender Aussprache über die früheren und noch bestehenden Mängel wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und der Behörde zur Kenntnis gebracht: „Die heute, den 6. Juni im Gasthaus zur Krone stattfindende Versammlung hiesiger Einwohner ist der einstimmigen Auffassung, daß zur Besserung in der Lebensmittelversorgung eine Lebensmittelkommission, bestehend aus Mitgliedern sämtlicher Parteien gebildet werden muß. Die Mängel in der Fleisch- und Lebensmittelversorgung machen dieses für unbedingten Notwendigkeit. Die Versammlung bittet verehrl. Gemeindevater, die Bildung einer solchen Kommission in aller Eile vorzunehmen.“

Auch wurde in dieser Versammlung das Antwortschreiben des Gemeindevaters auf unsere Resolution betr. Fleischverteilung verlesen. Die Versammlung bedauert sehr, daß der Gemeindevater betont, daß noch keine Anzeigen bei ihm gemacht worden sind, wobei er aber doch selber angegeben hat (in der betr. Versammlung), daß es bei Metzgermeister Klein nicht richtig gelaufen ist. Es hätte daher der Gemeindevater auf alle Fälle im Interesse der Allgemeinheit gegen den betr. Metzger Beschwerde führen müssen, zumal der Betreffende unseres Wissens schon mehrmals bestraft und doch auch wieder verurteilt worden ist. Die Versammlung ist der Auffassung, daß der Gemeindevater im Interesse der Allgemeinheit auf Grund vorliegender ihm bekannter Tatsachen selbst Beschwerde gegen den betr. Metzger ausüben müßte. Die Abweisung als Unterläufer ist doch jedenfalls auch auf Unregelmäßigkeiten zurückzuführen. Eine Beschwerde von Seiten des Gemeindevaters am maßgebenden Stelle wäre im Interesse der Allgemeinheit am Platze.

n. Gaggenau, 5. Juni. Die Zustände bei der Abgabe von freizumühligem Fleisch sind unhalbar und fordern zur öffentlichen Kritik heraus. Man sollte doch endlich einmal vermeiden, daß sich vor Lebensmittelgeschäften eine Menge Menschen anstammelt, um durch gegenseitiges Schieben und Drücken sich seinen Teil zu sichern. Diesem Zustand wäre doch leicht dadurch abzuhelfen, daß man den auf jede Familie kommenden Teil vorher bestimmt und den Verkauf nummernweise gegen Vorzeigung des Fleischausweises vornimmt und die Verkaufsstelle nicht allzusehr beschränkt. Dadurch wäre dem betr. Geschäftsmann sowie den Hausfrauen eine Erleichterung geschaffen und diesen unliebenden und schlechten Eindruck hervorruhenden Freibrantpolonaisen wäre ein Ende bereitet. Es geht alles, wenn man nur will.

Mannheim, 10. Juni. Die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, um der Wohnungsnot zu steuern zur Errichtung von Dach- und Flachdachwohnungen und zur Umgestaltung von Geschäftsräumen in Kleinwohnungen sowie zur Teilung größerer Wohnungen in kleinere Darlehen und Zuschüsse zu gewähren. Die Mittel für diese Maßnahmen, wozu dann noch kommt, daß die Stadt selbst Notwohnungen errichtet, werden aus einem früher bewilligten Betrag von 500 000 Mk. entnommen.

erforderlich gemacht. Das vom städtischen Hochbauamt vorgelegte Projekt, dessen Ausführung einen aus außerordentlichen Mitteln zu bestreitenden Aufwand von 6800.— Mk. erfordert, wird genehmigt. Gleichzeitig wurde das städt. Hochbauamt beauftragt, ein Projekt nebst Kostenschätzung für die Einrichtung einer Wasserleitung im städt. Schlachthaus vorzunehmen. — Die von der Stadt auf unbestimmte Zeit verpachteten landwirtschaftlichen Grundstücke sollen den derzeitigen Pächtern unter der Voraussetzung auch weiterhin pachtweise überlassen werden, daß sie sich bereit erklären, einen erhöhten Pachtzins zu bezahlen. Der Pachtzins soll bemessen werden: für Pachtgrundstücke bis zu 9 Ar auf 3,50 Mk. für das Ar, von 9—16 Ar auf 3.— Mk. für das Ar und von über 16 Ar auf 2,50 Mk. für das Ar. Für den Fall, daß die derzeitigen Pächter sich mit der Erhöhung des Pachtzinses nicht einverstanden erklären sollten, sollen die Pachtgrundstücke auf Martinus ds. Js. gesündigt und im Wege der öffentlichen Versteigerung veräußert werden. — Die Versteigerung des Grasertragnisses der Wiesen, Dämme und sonstigen Grasplätzen, die einen außerordentlichen Erlös von 3328,50 Mk. ergeben hat, wird genehmigt. — Der Gemeindevater beschließt, wegen Einrichtung einer Mittelstandsfürsorge in Anlehnung an die für den Kreis Karlsruhe errichtete Mittelstandshilfskasse (Kreis-Hilfskasse) mit dem Kreisrat Karlsruhe ins Benehmen zu treten. Nach den für die Gewährung von Beihilfen an Angehörige des Mittelstandes durch Kreis-Hilfskassen aufgestellten Grundbänden, besteht die Mittelstandsfürsorge in der Gewährung von Darlehen und Beihilfen zu niedrigem Zinssatz an selbständige Angehörige des Mittelstandes im weitesten Sinne, die durch den Krieg in eine Notlage geraten sind. Der durch die Mittelstandsfürsorge erwachsende Aufwand soll aus außerordentlichen Mitteln bestritten und nach Möglichkeit der Verhandlungen mit dem Kreisrat Karlsruhe beim Bürgerausschuss in der erforderlichen Höhe angefordert werden.

r. Durlach, 7. Juni. Letzten Donnerstag fand hier eine gut besuchte Versammlung hiesiger Einwohner statt, in der über die Lebensmittelversorgung der Gemeinde gesprochen wurde. Nach 1 1/2 stündiger eingehender Aussprache über die früheren und noch bestehenden Mängel wurde folgende Resolution einstimmig angenommen und der Behörde zur Kenntnis gebracht: „Die heute, den 6. Juni im Gasthaus zur Krone stattfindende Versammlung hiesiger Einwohner ist der einstimmigen Auffassung, daß zur Besserung in der Lebensmittelversorgung eine Lebensmittelkommission, bestehend aus Mitgliedern sämtlicher Parteien gebildet werden muß. Die Mängel in der Fleisch- und Lebensmittelversorgung machen dieses für unbedingten Notwendigkeit. Die Versammlung bittet verehrl. Gemeindevater, die Bildung einer solchen Kommission in aller Eile vorzunehmen.“

Auch wurde in dieser Versammlung das Antwortschreiben des Gemeindevaters auf unsere Resolution betr. Fleischverteilung verlesen. Die Versammlung bedauert sehr, daß der Gemeindevater betont, daß noch keine Anzeigen bei ihm gemacht worden sind, wobei er aber doch selber angegeben hat (in der betr. Versammlung), daß es bei Metzgermeister Klein nicht richtig gelaufen ist. Es hätte daher der Gemeindevater auf alle Fälle im Interesse der Allgemeinheit gegen den betr. Metzger Beschwerde führen müssen, zumal der Betreffende unseres Wissens schon mehrmals bestraft und doch auch wieder verurteilt worden ist. Die Versammlung ist der Auffassung, daß der Gemeindevater im Interesse der Allgemeinheit auf Grund vorliegender ihm bekannter Tatsachen selbst Beschwerde gegen den betr. Metzger ausüben müßte. Die Abweisung als Unterläufer ist doch jedenfalls auch auf Unregelmäßigkeiten zurückzuführen. Eine Beschwerde von Seiten des Gemeindevaters am maßgebenden Stelle wäre im Interesse der Allgemeinheit am Platze.

n. Gaggenau, 5. Juni. Die Zustände bei der Abgabe von freizumühligem Fleisch sind unhalbar und fordern zur öffentlichen Kritik heraus. Man sollte doch endlich einmal vermeiden, daß sich vor Lebensmittelgeschäften eine Menge Menschen anstammelt, um durch gegenseitiges Schieben und Drücken sich seinen Teil zu sichern. Diesem Zustand wäre doch leicht dadurch abzuhelfen, daß man den auf jede Familie kommenden Teil vorher bestimmt und den Verkauf nummernweise gegen Vorzeigung des Fleischausweises vornimmt und die Verkaufsstelle nicht allzusehr beschränkt. Dadurch wäre dem betr. Geschäftsmann sowie den Hausfrauen eine Erleichterung geschaffen und diesen unliebenden und schlechten Eindruck hervorruhenden Freibrantpolonaisen wäre ein Ende bereitet. Es geht alles, wenn man nur will.

Mannheim, 10. Juni. Die Stadtverwaltung hat sich bereit erklärt, um der Wohnungsnot zu steuern zur Errichtung von Dach- und Flachdachwohnungen und zur Umgestaltung von Geschäftsräumen in Kleinwohnungen sowie zur Teilung größerer Wohnungen in kleinere Darlehen und Zuschüsse zu gewähren. Die Mittel für diese Maßnahmen, wozu dann noch kommt, daß die Stadt selbst Notwohnungen errichtet, werden aus einem früher bewilligten Betrag von 500 000 Mk. entnommen.

Berichtszeitung.

Wegen Kettenhandels und übermäßiger Preissteigerung hatte sich der Gutsherr J. Fr. Andres aus Großriedersfeld vor der Strafkammer in Mosbach zu verantworten. Er hatte ohne Erlaubnis mit zudeckelten Futtermitteln und Raufuttermitteln Handel getrieben und insgesamt 32 Eisenbahnwagen mit Zudeckelungen, Raufutter usw. weiter geleitet und vermittelt. Er ließ sich Preise zahlen, welche für ihn einen Reingewinn von über 40 Prozent bis teilweise 224 Prozent bedeuteten. Die Strafkammer verurteilte Andres laut „Mosbach. Volksztg.“ zu 20 650 Mk. Geldstrafe.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 11. Juni. Der Geist des Buchers. Die wirtschaftlichen Erfahrungen der Kriegsjahre machen allmählich selbst Leute nachdenklich, die sich stets als Preisstärker der kapitalistischen „Ordnung“ fühlten. Das Resultat dieses Nachdenkens sind Aufsätze, in denen überwiegend über die „Ordnung“ das Verdammungsurteil gefällt wird. So bringt die „Königliche Zeitung“ in einer ihrer letzten Nummern einen langen Artikel, dem wir die folgenden bezeichnenden Sätze entnehmen: „Was wir an Preissteigerungen erlebt haben in den letzten zwei Jahren, übersteigt derartig alles, was an jüdischer Greifbarkeit angeführt werden kann, daß man über die Greifbarkeit, die diese Kreise damit anknüpfen, nur den Kopf schütteln kann. Der Wucher hat längst jedes Maß verloren, erstreckt sich auf Waren, die mit der verhinderten Einfuhr und den knapp gewordenen Vorräten nichts zu tun haben, ergreift alle Gebiete und bietet in ganzen das Bild eines rücksichtslosen Wirtschaftskrieges aller gegen alle... Ich weiß wohl, daß er in anderen Ländern Europas nicht besser ist. Aber ich denke, wir sind das Volk der Idealisten? Das Volk, an dessen Wesen die Welt genesen soll? Und der Artikelschreiber — man muß diese Sätze festhalten — fährt fort: „Im Herzen von leider allzu vielen unserer Zeitgenossen hat sich ein Satz mit unerschütterlicher Gewißheit verdrängt: „Auf jeden Fall muß die Lage ausgenützt werden.“ Der andere muß ja zu mir kommen! Das war die Moral vieler schon vor dem Kriege; man muß sich nur klar machen, was das heute bedeutet. Diese Moral — sie hing eng mit der allgemeinen Moral unserer Zeit zusammen — hat jetzt zur unausbleiblichen Folge, die Auswucherung ganzer Stände, insbesondere die unerbittlich fortjährende Verarmung des Mittelstandes. Gerade hier ist die Unkenntnis der Zusammenhänge oft am größten. Die Hausfrauen dieser Kreise sehen mit Staunen und Grauen, wie die Preise für die notwendigsten Gebrauchsgegenstände, man kann sagen von Woche zu Woche, höher klettern und wie der Tribut, den man dem Wuchertum zahlen muß, immer höher wird.“ Man sieht, dem liberalen Artikelschreiber dämmert schon eine Erkenntnis der „Zusammenhänge“. Erleuchtet ist er freilich noch lange nicht; denn sonst würde er die kapitalistische Moral in Kriegeszeiten nicht als eine erst im Kriege aufgekeimte Pflanze kennzeichnen. Was er sieht und beklagt ist nichts anderes als der entfesselte Kapitalismus selber, der rücksichtslos seine Konjunktur ausnützt.

Maß verloren, erstreckt sich auf Waren, die mit der verhinderten Einfuhr und den knapp gewordenen Vorräten nichts zu tun haben, ergreift alle Gebiete und bietet in ganzen das Bild eines rücksichtslosen Wirtschaftskrieges aller gegen alle... Ich weiß wohl, daß er in anderen Ländern Europas nicht besser ist. Aber ich denke, wir sind das Volk der Idealisten? Das Volk, an dessen Wesen die Welt genesen soll? Und der Artikelschreiber — man muß diese Sätze festhalten — fährt fort:

„Im Herzen von leider allzu vielen unserer Zeitgenossen hat sich ein Satz mit unerschütterlicher Gewißheit verdrängt: „Auf jeden Fall muß die Lage ausgenützt werden.“ Der andere muß ja zu mir kommen! Das war die Moral vieler schon vor dem Kriege; man muß sich nur klar machen, was das heute bedeutet. Diese Moral — sie hing eng mit der allgemeinen Moral unserer Zeit zusammen — hat jetzt zur unausbleiblichen Folge, die Auswucherung ganzer Stände, insbesondere die unerbittlich fortjährende Verarmung des Mittelstandes. Gerade hier ist die Unkenntnis der Zusammenhänge oft am größten. Die Hausfrauen dieser Kreise sehen mit Staunen und Grauen, wie die Preise für die notwendigsten Gebrauchsgegenstände, man kann sagen von Woche zu Woche, höher klettern und wie der Tribut, den man dem Wuchertum zahlen muß, immer höher wird.“ Man sieht, dem liberalen Artikelschreiber dämmert schon eine Erkenntnis der „Zusammenhänge“. Erleuchtet ist er freilich noch lange nicht; denn sonst würde er die kapitalistische Moral in Kriegeszeiten nicht als eine erst im Kriege aufgekeimte Pflanze kennzeichnen. Was er sieht und beklagt ist nichts anderes als der entfesselte Kapitalismus selber, der rücksichtslos seine Konjunktur ausnützt.

Die Herabsetzung der Brotration wird natürlich auch vom 16. Juni ab sich in Baden bemerkbar machen. Wie wir hören, ist es aber verschiedenen Städten, darunter auch Karlsruhe, möglich gewesen, an Mehl oder Kartoffelmehl etwas Mehl zu sammeln, jedoch die Herabsetzung auf 160 Gramm Mehl im Tag nicht überall nötig fällt. Auch die badische Landeszentrale hat Erparnisse an Nahrungsmitteln gemacht und wird vom 16. Juni bis 15. August 600 Gramm Nahrungsmittel auf den Kopf der Brotverordnungsberechtigten ausgeben und zwar gleichermaßen in Stadt und Dorf.

Bezirk Mittelstadt. Wir machen nochmals auf die morgige Versprechung der Parteimitglieder der Mittelstadt in der „Cambrinus-Halle“ (Erbspringenstr. 30) aufmerksam. Beginn 8 Uhr abends. Die Parteimitglieder werden gebeten, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Beförderung. Der Minenwerker Gezeiter Fritz Stube, zurzeit bei einer preuß. Min. Werker-Komp. (früher Rifenmeister bei Chr. Niemp, Kronenstr.) wurde wegen Tapferkeit vor dem Feinde zum Unteroffizier befördert, nachdem er schon früher das Eisenerz-Kreuz und die Verdienstmedaille erhalten hat.

Wem gehört das Geld? Folgende Geldbeträge sind u. a. auf den Bahnhöfen und den Bünen im Großherzogtum gefunden worden: am 1. Mai auf dem Bahnhof in Offenbach ein Geldbeutel mit 20,65 Mk.; am 2. Mai im Zug 120 ein Geldbeutel mit 151,20 Mk., abgeliefert in Weil-Leopoldsdörbe; am 6. Mai auf dem Bahnhof in Donaueschingen ein Geldbeutel mit 34,43 Mk. am 7. Mai im Zug 977 ein Geldbeutel mit 20,15 Mk., abgeliefert in Bruchsal; am 20. Mai im Zug 1424 ein Geldbeutel mit 29,76 Mk., abgeliefert in Willingen; am 21. Mai im Zug 1574 ein Geldbeutel mit 28,50 Mk., abgeliefert in Freiburg (Breisgau); am 24. Mai auf dem Bahnhof in Karlsruhe der Betrag von 10 Mk.; am 27. Mai auf dem Bahnhof in Bühl eine Handtasche mit 54,92 Mk.

Die Unterversicherungsklausel bei Feuerversicherungen. In letzter Zeit kamen mehrere Anfragen über den Inhalt der Feuerversicherungen, wenn bei Anwendung der Unterversicherungsklausel durch die Versicherungsgesellschaften ein Schaden nicht gedeckt wird. Die Anfrage ist jetzt durch den Herrn Reichsfinanzminister beantwortet worden und dürfte in den beteiligten Kreisen mit Genugtuung begrüßt werden. Sie lautet: „Soweit infolge der Anwendung der sogenannten Unterversicherungsklausel dem von einem Kriegsschaden Betroffenen ein Nachteil nicht gedeckt wird, der innerhalb des Rahmens der nach dem Gesetze über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete zu treffenden Feststellung liegt, besteht kein Bedenken, dem Geschädigten den ihm aus der Erfüllung des Versicherungsvertrages verbliebenen Ausfall auf Grund des § 16 a. a. O. als Kriegsschaden zu ersehen. Es wird also Sache des Geschädigten sein, gegebenenfalls durch entsprechende Anträge auf Ersatz dieses Schadens hinzuwirken.“

Ausstellung „Durchhalten“. Die Ausstellung erfreut sich eines außerordentlich regen Zuspruchs. Kein Wunder, was gibt es da alles zu sehen, zu hören und zu lernen. Jeder aufmerksamste Besucher nimmt eine Menge für die Jetztzeit besonders wertvoller Anregungen mit, wie wir das „Durchhalten“ mit hochbedeutenden Mitteln und erleichterlichen können. Die Hausfrauen alle mögen diese seltene Gelegenheit zu einer vorteilhaften Bereicherung ihrer Erfahrungen wahrnehmen und die nur noch wenige Tage dauernde Ausstellung besuchen. In den Nachmittagsstunden finden täglich belehrende Vorträge statt, Erläuterungen seitens der Aussteller hingegen den ganzen Tag. Im Interesse einer besseren Besichtigung empfiehlt es sich, zunächst die Vormittagsstunden zum Besuche zu benützen, da Nachmittags stets großer Andrang ist. Eine große Zahl billiger oder auch kostenloser zeitgemäßer Schriften wird ebenso wie das gute Reichsblättchen „Geleitwort“ und sonstige wertvolle und billige Kriegsschriften in mancherlei von Ruhen sein. An Kostproben zeigt der Hausfrauenbund und die Haushaltungsschulen, wie man gut und billig kochen kann.

Er. Stundung von Forderungen der Stadthauptkasse. Der Vorstand der Stadthauptkasse wurde vom Stadtrat ermächtigt, die Zahlung von öffentlich rechtlichen Nebenklassen für Beträge bis zu 100 Mk. auf Ansuchen bis zu drei Monaten zu sünden. Da sich in letzter Zeit die Anträge auf Stundung solcher Forderungen erheblich vermehrt haben, sei darauf aufmerksam gemacht, daß solche Gesuche nur in ganz dringenden Fällen Aussicht auf Genehmigung haben, da eine Stundung von Forderungen nicht nur die Führung der Kassengeschäfte erheblich erschwert, sondern auch der Stadtkasse wieder neue Lasten auferlegt, die von der Allgemeinheit getragen werden müssen. Zur Verminderung des schriftlichen Verkehrs sollen Stundungsgesuche zunächst mündlich am Schalter 5 der Stadthauptkasse A, Rathaus, Zimmer Nr. 27, beantragt werden.

Die Lage im neuen Rußland.

Moskau, 8. Juni. (Verpätet eingetroffen. — Petersburg, Tel.-Ag.) Der ausführende Hauptausschuß nahm in der gestrigen Sitzung einen bolschewistischen Antrag an, durch den das Kriegskommisariat aufgefördert wird, innerhalb einer Woche zwangsweise die Mobilisation der Bauern und Arbeiter zu proklamieren. Diese Maßnahme wurde getroffen angesichts der Agitation der Gegenrevolutionäre, die die Verpflegungskrisis dazu zu benutzen suchen, die Herrschaft der Kapitalisten und Agrarier wieder herzustellen.

Abordnung der russischen Volksrepublik in Berlin.

W.B. Berlin, 10. Juni. (Nicht amtlich.) Die „Nordd. Wg. Bg.“ schreibt: Am Samstag ist in Berlin eine Abordnung der russischen Volksrepublik eingetroffen. Sie besteht aus den Herren Bucharin, Larin und Sokolow. Der Zweck der Kommission ist, wie bereits bekannt, die Aufnahme der von der russischen Regierung beantragten Verhandlungen über die im Brest-Litowsker Vertrag vorgezeichneten Sonderabmachungen zwischen Deutschland und der Republik der Bolschewiki.

Ukrainisch-russische Friedensverhandlungen.

W.B. Kiew, 10. Juni. Die Sitzungen der ukrainischen und großrussischen Friedensunterhändler sollen am Montag wieder beginnen, falls bis dahin eine Einigung über die Demarkationslinie nicht erfolgt ist. Die Handelskommission hat in ihrer letzten Sitzung unter dem Vorsitz von Gutsko beschloffen, die Anwendung der Vollhöhe des deutsch-russischen Vertragstarifs von 1914 auf den Waren-austausch mit Großrußland vorzuschlagen. Dafür kämen in Frage die den eigenen Bedarf übersteigenden Mengen von

Eisen und Kohle, ferner eine geringe Getreidemenge, falls die deutschen Behörden einwilligen. Die Kommission hat ferner beschlossen, in das ukrainische Wirtschaftsgebiet für die Zollgrenze gegen Großrußland einzutreten. Die Bezirke Kiew, Tschernigow und Alexandrow, schließlich auch die nördlichen Kreise des Gouvernements Tschernigow und an der Nordgrenze das gesamte Gebiet bis Homel und Poltscheg. Die fünf nördlichen Kreise des Gouvernements Tschernigow sind noch in der Hand der Bolschewiki.

Die neue Republik Georgien.

W.B. Kiew, 10. Juni. Aus Tiflis in Theodosia eingetroffene Reisende berichten, daß Georgien aus der kassischen Republik ausgeschieden ist. Türkische Truppen, die sich Tiflis näherten, gingen auf die Linie von Kars zurück. Die Regierung Georgiens wird von gemäßigten Sozialisten mit Armisthabilität ab Tschewkeli gebildet. Sie ist ein Koalitionskabinet, das sogar Nationaldemokraten umfaßt. Gegehorcht ist nicht in das Ministerium eingetreten. In Nowotichersk finden Verhandlungen von Vertretern der Kuban- und der Donrepublik Georgiens und des südöstlichen Bundes der Bergstämme wegen Herstellung eines Bundesverhältnisses statt.

Berlin, 10. Juni. (Nicht amtlich. Privattelegramm.) Die hier eingetroffene Abordnung der Republik Georgien hat den Wunsch zu erkennen gegeben, mit Deutschland und seinen Verbündeten, alle die neue Republik berührenden Fragen in einer Konferenz zu behandeln. Die Reichsleitung hat diesen Gedanken gebilligt und zugesagt, sich mit ihren Verbündeten darüber ins Einvernehmen zu setzen. Als Sitz der Konferenz ist Konstantinopel in Vorschlag gebracht worden.

Letzte Nachrichten.

Das preussische Wahlrecht.

Berlin, 10. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Dem Abgeordnetenhause ist ein Antrag Lehmann, Heydebrand, Lüdicke und Genossen zugegangen, in dem es u. a. heißt: Das Wahlrecht der Abgeordneten wolle beschließen, dem Wahlgesetzentwurf einen § 3 anzufügen, wonach

1. jeder Wähler eine Grundstamme hat und
2. außerdem jeder eine Zusatzstamme erhält, erstens wer mindestens 50 Jahre alt ist, zweitens, wer entweder vom 25. Lebensjahre ab
 - a) selbständig oder als leitender Beamter seit mindestens 1 Jahre tätig ist, oder
 - b) mehr als 10 Jahre als Staats- oder Gemeindebeamter hauptamtlich tätig ist, oder
 - c) mehr als 10 Jahre in einer beruflichen Körperschaft des öffentlichen Rechts ehrenamtlich oder als festangestellter Beamter tätig ist, oder
 - d) mehr als 10 Jahre als nichtleitender Angestellter in gehobener Stellung tätig ist; als solche gelten alle Angestellten im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte, oder
 - e) mehr als 10 Jahre als Aufseher, Vorarbeiter oder Stollenführer tätig ist und regelmäßig die Aufsicht über mindestens 5 Arbeiter führt.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kober; für den Infereatenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe. Quisenbrocke 24

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 1,45 Meter, gef. 13 Zentimeter; Neßl 2,88 Meter, gef. 8 Zentimeter; Maxau 3,71 Meter, gef. 5 Zentimeter; Mannheim 2,72 Meter, gef. 4 Zentimeter.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste unserer lieben unvergesslichen Frau, Mutter, Tochter, Schwester und Schwägerin

Margarete Kellermann

sowie auch für die reichen Blumen Spenden und die zahlreiche Beileitung zur letzten Ruhestätte sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Karlsruhe, 10. Juni 1918.

Im Namen der Hinterbliebenen:

Karl Kellermann z. Zt. auf Urlaub
und Kinder. 3754

Weißer Käse.

In den Fettverkaufsstellen Nr. 159 bis 200 einschließlich kommt an die einträgliche Kundenschaft von Dienstag den 11. bis Donnerstag, den 13. Juni 1918 einschließlich weißer Käse zum Verkauf und zwar gegen die Lebensmittelkarte J Nr. 87. Die Kopfmenge beträgt 1/4 Pfd. 3755
Preis 75 Pfennig für das Pfund.
Karlsruhe, den 10. Juni 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: Auskunftsstelle für Verwundete und Vermisste.

Hilfe für kriegsgefährdete Deutsche.

Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstr. 24.

Täglich geöffnet von 9—12 und 3—6 Uhr
Samstag von 9—1 Uhr. 3753

Druckarbeiten

aller Art liefert schnell und billig
Buchdruckerei Volksfreund

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Chefangebote, Karl Christian Kröling von Bernstadt Buchbindermeister hier, mit Katharina Schäfer von Offenbach, Robert Seufert von hier, Versicherungsbeamter hier, mit Franziska Schäfer von Mainz.

Gehilfen: Fr. Dolin Ved von hier, Stadtgeometer hier, mit Valeria Philipp von hier, Robert Schwab von Durnbach, Straßenbahnkassierer hier, mit Anna Weismann von hier, Paul Wenz von Lüdow, Kaufmann in Londern, mit Hulda Elze von Oldenburg, Emil Vollerer aus Wiesloch, Privatmann in Wiesloch, mit Feida Schorf von hier, Jakob Rester von Stein, Eisenreder hier, mit Emilie Vetter von Odenheim, Wolf Stoffel von Karlsruhe, Hilfsbahnbedienter hier, mit Anna Wunsch von Forbach, Friedrich Arnold von Meichenheim, Bäcker in Ettlingen, mit Rosa Krust von hier, Arthur Weicher von hier, Innen-Architekt hier, mit Olga Weichaupt von hier, Hermann Joch von Sternensfeld, Aufseher in Flehingen, mit Feida Barth von Flehingen, Eberhard Kühn von Weiberich, Postassistent in Düsseldorf, mit Olga Gutjahr von hier.

Todesfälle, Anna Schütz, 29 J. alt, ledig, Verkäuferin, Elisabeth Beutel, 30 J. alt, Ehefrau von Wilhelm Beutel, Kaufmann, Karoline Sutter, 27 J. alt, Ehefrau von Otto Sutter, Bäcker, Beranila Koller, 22 J. alt, ledig, Kaffeearbeiterin.

Größere Anzahl

saubere, fleißige

junge Mädchen

für unsere Nahrungsmittelfabrik gesucht.

Arbeitsbuch und Quittungskarte sind mitzubringen.

Gesellschaft Sinner,

Grünwinkel. 3726

Alles ohne Marken.

Speisehaus

Sofienstr. 73, Eingang Lessingstr.

Heute:

Deutsches Beefsteak

1a. Goulasch und Sauerbraten von Prima Fohlenfleisch.

Täglich: Frische Fleischküchle.

Von morgens 10 Uhr ab:

Warmes Frühstück 80 Pfg.

1a. Fleischbrühe.

Essen auch außer dem Hause zu jeder Tageszeit.

Um gütigen Zuspruch bittet

H. Adler.

Alles ohne Marken.

Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets gekauft in 3500 Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft, Kronenstr. 52.

Rasier-Klingen

werden haarstark geschliffen, Stück 10 Pfg. 3708
Kaiserstr. 18, Laden.

GALERIE MOOS

Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 187. 1.—30. Juni 1918.

Sonder-Ausstellung Aug. Gebhard

Täglich geöffnet: 10—6 Uhr. (Im Sommer) Sonntags von 11—1 Uhr. 3691

Ausgefärbte Frauenhaare

kauft 3062
Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstr. 32.

Mandolinen, Gitarren, Zithern, Ziehharmonikas,

kauft 3699
Levy, An- u. Verkaufsgeschäft, Markgrafenstraße 22.

Putzfrau

eine reinliche, für Freitag oder Samstag nachmittags gesucht. 3752
Schützenstr. 2, 3. Etod, rechts.

Tüchtige Fourniersäger

wer gesucht. 3692
Fournierfäde-... Oberensinaen. Wittba.

Städtisches Konzerthaus.

Dienstag, den 11. Juni 1918. 57. Sondervorstellung des Groß. Hoftheaters.

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster. Anfang 1/8 Uhr. Ende 10 Uhr.

Tierfängerverein Karlsruhe.

Sprechstunden: Mi. u. Sa. 11.50 Uhr bis 12.15 Uhr
Geschäftszimmer: Sothenstr. 26

Mitglieder-Versammlung:

Neben zweiten Mittwoch im Monat in den „Bier Jahreszeiten“, Gebelstr. 21. 1229

Städt. Vierordtbad

Versch. Kurbäder

Halb-, Sitz-, Fuss- und Wechselbäder, Duschen, Wickel (Packungen) und Massagen, Dampf- und Heißluftkastenbäder etc.

Dantenbadezeit: Montag u. Mittwoch vormitt. 7 bis 1 Uhr und Freitag nachm. 3 bis 3 1/2 Uhr.

Herrenbadezeit: „Alle übrige Zeit. Samstags bis abends 9 1/2 Uhr und Sonntags geschlossen.“

J.R.P.A. Jch bin da!

Jeder darf rasch mit meinem erlaubten freien Original-Spiralfederreife 7,75, Goldreife 6,25, 1a Konstantreife 17,50, Eisenring 11.—, elastischer Feder-Holzreife 13 Mk., alle per Stück. Kann jeder auf jede Felle auflegen. Umtausch gestattet, ohne kein Risiko. Tausen e gekieert. — Wiederverkäufer Rabatt —
Schlawa, Berlin 35, 578
Weinmeisterstraße 4.

Mechaniker

2 ältere militärfreie (auch Kriegsinvaliden) 3751

Mechaniker

zu Autoreparaturen nach Offen- burg gesucht. Zu erfragen bei der Expedition des Volksfreund.

Mechaniker

zu Autoreparaturen nach Offen- burg gesucht. Zu erfragen bei der Expedition des Volksfreund.

Mechaniker

zu Autoreparaturen nach Offen- burg gesucht. Zu erfragen bei der Expedition des Volksfreund.

Mechaniker

zu Autoreparaturen nach Offen- burg gesucht. Zu erfragen bei der Expedition des Volksfreund.